



Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) - 5. September 2022*

Die Europäische Union sucht vor Beginn des Winters nach Lösungen für steigende Energiepreise

Während der Sommer zu Ende geht, sucht die EU nach Lösungen, um die Verbraucher in diesem Winter vor explodierenden Energierechnungen zu schützen. Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft hat für den 9. September eine außerordentliche Sitzung der Energieminister der Mitgliedstaaten einberufen, um mögliche Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Energiepreise zu erörtern, die durch die russische Invasion in der Ukraine verschärft wurden. Mehrere Länder fordern die EU auf, die Strompreise von den Gaspreisen abzukoppeln. Im Hinblick auf dieses Treffen hat die EU-Kommission Berichten zufolge Empfehlungen ausgearbeitet. Nach Ansicht der Kommission sollten die Sofortmaßnahmen aus einem Paket von drei miteinander verbundenen Komponenten bestehen: - koordinierte Senkung der Stromnachfrage; - Preisdeckelung für untermargige Stromerzeugungstechnologien; - nationale Maßnahmen zur Unterstützung der Verbraucher. Diese Empfehlungen werden von den Energieministern erörtert werden, die der Kommission ein Mandat zur Ausarbeitung von Sofortmaßnahmen erteilen sollten. Längerfristig beabsichtigt die Kommission Berichten zufolge, Anfang 2023 einen Legislativvorschlag zur Reform des EU-Strommarktes vorzulegen.

Internationaler Währungsfonds (IWF) plädiert für die Besteuerung von Überschussgewinnen von Unternehmen im Bereich der fossilen Brennstoffe

Die politischen Entscheidungsträger sollten eine dauerhafte Steuer auf die Überschussgewinne der Unternehmen im Bereich der fossilen Brennstoffe einführen, anstatt sie nur vorübergehend zu besteuern, so der Internationale Währungsfonds (IWF) in einem am Dienstag, 30. August, veröffentlichten Vermerk. Der sprunghafte Anstieg der Preise für fossile Brennstoffe, der auf die wirtschaftliche Erholung nach COVID-19 zurückzuführen ist und durch den russischen Krieg in der Ukraine noch verstärkt wurde, hat im Energiesektor zu beträchtlichen Mitnahmeeffekten geführt. Viele EU-Länder - zuletzt Belgien - haben beschlossen, diese unerwarteten Gewinne zu besteuern, oder erwägen, dies zu tun. In seinem Vermerk warnt der IWF vor der Einführung befristeter Steuern auf unerwartete Gewinne, die das Risiko für die Anleger erhöhen und zu Verzerrungen führen können. *"Investoren ziehen eine stabile, vorhersehbare Steuerregelung dem Risiko künftiger befristeter Steuern bei steigenden Preisen vor"*, heißt es weiter. Er empfiehlt den Regierungen daher, eine dauerhafte Steuer auf unerwartete Gewinne einzuführen, die sich auf ein klares Maß für übermäßige Gewinne bezieht und willkürliche Bezugnahmen auf bestimmte Preisniveaus oder Zeiträume vermeidet. Die Steuer sollte nicht auf die Einnahmen erhoben werden, da dies zu einer Inflation führen kann und die Wahrscheinlichkeit größer ist, dass die Investitionen zurückgehen, so der Bericht.

Bundeskanzler Olaf Scholz spricht sich für schrittweisen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen in der EU-Steuerpolitik aus

In einer Rede an der Karlsuniversität in Prag am 29. August sprach sich Bundeskanzler Olaf Scholz für einen schrittweisen Übergang von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit in den Bereichen Steuern und EU-Diplomatie aus. Scholz sagte, Deutschland sei für eine EU-Erweiterung auf dreißig oder sechsunddreißig Mitglieder, einschließlich der westlichen Balkanländer, der Ukraine, Moldawien und sogar Georgien. Aber um neue Länder in die EU aufzunehmen, müsse die EU jetzt einen internen Reformprozess einleiten, sagte er. Durch die Erweiterung würden die Unterschiede noch größer und Einstimmigkeit sei noch schwieriger zu erreichen, was zu vielen unterschiedlichen Regeln und komplizierten Opt-Ins und Opt-Outs führen könnte. Der Bundeskanzler erwähnte auch die Idee, die Zusammensetzung des Europäischen Kommissionkollegiums und des Parlaments zu reformieren, um eine Überlastung der Institutionen zu vermeiden.

Haftungsausschluss

Dieser Newsletter enthält Informationen über die europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltextes erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)